

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

17.1.1914 (No. 16)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 16

Samstag, den 17. Januar 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschl. Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 P.
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Vierteljahrsgebühr eingerechnet, 3 M. 67 P.
Einkaufsgebühr: die 6 mal gesaltene Postzeitung oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 12. Januar 1914 gnädigst geruht, den mit der Verwaltung des Bezirksamts Adelsheim betrauten Oberamtmann Bernber Freiherrn von Rotberg und den mit der Verwaltung des Bezirksamts Schönau betrauten Oberamtmann Adolf Kopp zu Amtsvorkänden zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 5. Januar 1914 gnädigst geruht, die nachgenannten Beamten landesherrlich anzustellen:
den Revisor Ludwig Seltsam beim Ministerium des Innern unter Ernennung zum Oberrevisor,
den Zeichenlehrer Georg Stamm in Forzheim,
den Landwirtschaftslehrer Franz Bedeker in Tauberbischofsheim,
den Registrator Georg Schmitthelm in Emmendingen unter Ernennung zum Oberverwaltungssekretär,
den Polizeikommissar Ludwig Wittiger in Forzheim und
den Kaufsekretär Oswald Heim in Achern unter Ernennung zum Oberkaufsekretär.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 9. Januar 1914 gnädigst geruht, den Vorstand des Hafforst- und Jagdams Friedrichstal, Forstmeister Joseph Grafen von Wiser, unter Ernennung zum Hafforstmeister in gleicher Eigenschaft zum Hafforst- und Jagdamt Karlsruhe zu veretzen.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 14. Januar 1914 wurde dem Obereisenbahnsekretär Adolf Beez in Freiburg das Stationsamt II Orschweier übertragen.

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadtgemeinde Mannheim betr.

Der Stadtgemeinde Mannheim ist durch Entschliebung vom heutigen im Einvernehmen mit dem Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen und dem Großh. Ministerium der Finanzen die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 15 000 000 M.

Fünftehn Millionen Mark
sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 14. Januar 1914.
Großh. Ministerium des Innern.
von Bodman. Miegger.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 16. Januar.

Die Reichssteuerdebatten im preussischen Landtag.

In der Donnerstagssitzung des preussischen Abgeordnetenhauses verteidigte Abg. v. Heydebrand den Polizeipräsidenten von Jagow wegen seiner Kundgebung. Er sei ein ausgezeichneter Beamter, von dem noch Großes zu erwarten sei. In der ehrsässigen Frage hält er entgegen der Auffassung des Ministerpräsidenten daran fest, daß der Landtag ein gewisses Recht habe, über diese Dinge zu sprechen. Die bisherige Entwicklung habe ihre Bedenken gegen die Verfassungsverletzung gerechtfertigt. Seine Partei habe den Eindruck, daß man in Elsaß die deutschen Truppen nicht so behandelt, wie man muß. Redner wendet sich u. a. auch gegen die jüngsten Ausführungen des Reichskanzlers über die Stellung der Konserverativen in der Steuerdebatte des letzten Jahres.

Abg. Bell (Ztr.) erklärte das sog. Mißtrauensvotum aus der damaligen allgemeinen Erregung. Sätze der Reichskanzler, so meinte der Redner, mit derselben Klarheit gesprochen, wie jetzt der Ministerpräsident, dann wäre es nicht gegeben worden. Auch die Kabinettsordre von 1820, von deren Bestehen anscheinend auch der Reichskanzler nichts gewußt habe, sei damals nicht erwähnt worden.

Abg. Schiffer (natl.) begrüßte die Straßburger Gerichtsverhandlungen, da sie gezeigt hätten, daß von einer Soldateska keine Rede sein könne. Die Verhältnisse im Elsaß erklärten sich zum Teil daraus, daß in Süddeutschland die preussische Eigenart nicht anerkannt werde.

Sodann nahm der Reichskanzler, Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg das Wort zu folgenden Ausführungen:

Aber meine Anschauungen über den Veruf Preukens im Reich bezieht wohl nach meinen Ausführungen im Herrenhaus kein Zweifel mehr. Die ganze Kraft des Staatsgedankens, den Preußen vertritt, muß im Reich zum Ausdruck gebracht werden, und selbstverständlich auch in den Reichsländern. Wenn ich mich im Reichstag dagegen gewandt habe, aus dem süddeutschen Reichsländer einen norddeutschen Preußen machen zu wollen, so galt das nur gegenüber den Klagen, daß im Elsaß nicht alles nach preussischem Muster geschehe. Derartige Klagen sind in einem Teil der Presse — im Parlament habe ich sie noch nie gehört — erhoben worden, und gegen solche Klagen wollte ich Front machen. Aber im übrigen, ich werde meinen Veruf fortbauend darin sehen — auch ich bin ein Preuße —, das preussische Staatswesen zum Ausdruck zu bringen in den Geschäften des Reichs, in den Geschäften der ganzen deutschen Gesamtheit; denn wenn das nicht geschieht, dann ist alle Arbeit, die Preußen geleistet hat seit dem Anfang des vorigen Jahrhunderts für die Errichtung des Deutschen Reiches vergeblich gewesen, und das soll sie nicht sein. Ich bin zu meinem lebhaften Bedauern vorhin durch anderweitig dringende Dienstgeschäfte verhindert gewesen, an Ihren Beratungen teilzunehmen. So bin ich darauf angewiesen, hier zu sprechen lediglich auf Grund flüchtiger Berichte, die mir in den letzten Minuten haben erbracht werden können. Mir ist berichtet worden, daß in den Worten des Herrn Abg. v. Heydebrand sich der Sach befunden habe, als sei es, als ich das letzte Mal hier sprach über die Reichsteuern des vorigen Jahres, mein Verbrechen gewesen, die Verantwortung für diese Reichssteuererhebung von mir abzuwälzen und die Konserverative Partei mitverantwortlich zu machen. Es liegt nicht in meiner Art, die Verantwortung, die ich zu tragen habe, sie ist ja reichlich groß, abzuschieben auf irgendeinen anderen Menschen oder irgendeine andere Partei. Ich bin mir der Verantwortung, die ich zu tragen habe, voll bewußt, und ich möchte den Wunsch aussprechen, daß auch diejenigen, die an meiner Politik Kritik üben zu müssen glauben, doch auch berücksichtigen möchten, daß die Verantwortung, die ich trage, nicht ein ganz leichtes Gewicht hat. Ob ein Schritt, den ich tue, richtig ist, das zeigt sich nicht heute, und das zeigt sich nicht morgen, sondern das zeigt sich in den meisten Fällen erst nach einem Jahrzehnt oder nach 20 Jahren. Und Sie können versichert sein, daß es auch mich manche schlaflose Nacht kostet, wenn ich vor einer schwerwiegenden Entscheidung stehe und mich frage: Lust du hier auch das, was deinem Volke dienlich sein wird. Aber das ist das einzige Programm, das ich mir setze, das ist der einzige Imperativ, der meine sämtlichen Handlungen dirigiert, und das möchte ich bitten, daß man bei einer solchen Situation — es bezieht sich das nicht auf das, was nach den Verträgen, die ich bekommen habe, der Abg. v. Heydebrand gesagt hat —, daß man mit den Vorwürfen, die ja so billig sind wie Bomben, der Schwäche, der Passivität, des Schleifenlassens der Fingel am Boden, doch etwas vorsichtiger sei. Derartige Vorwürfe sind mir ja neulich vom Abgeordneten Bindler reichlich gemacht worden. Es ist die Geschichte, etwas ungewöhnliche Form gewählt worden, Reimungsartikel zu verlesen, die eine möglichst mißwollende Kritik meiner Politik enthalten. Derartige Vorwürfe liegen auf der Straße und können von jedem aufgesammelt werden. Sie sind noch jedem preussischen Staatsmann gemacht worden, nicht mir allein. Aber ich möchte bitten, wenn solche Vorwürfe wiederholt werden sollten, denken Sie daran, daß es das Verantwortlichkeitsgefühl ist, das mich handeln läßt und an dieser Stelle hält, solange ich das Vertrauen meines königlichen Herrn genieße, oder bis ich die Überzeugung erlange, daß ich den verlangten Dienst nicht mehr leisten kann. Dann werden Sie mich keinen Tag länger hier sehen!

Wodurch ist denn meine letzte Rede entstanden? Ich habe Reichsangelegenheiten hier nicht aufs Tischtuch gebracht. Ich bin der Ansicht, daß man doch etwas vorsichtiger sein und nicht so viel über Reichsangelegenheiten sprechen sollte, sonst kommt man dazu, Menschen oder Parteien wegen ihrer Haltung Vorwürfe zu machen, die nicht in der Lage sind, sich hier zu verteidigen. Ich bin zu meiner Rede veranlaßt worden durch Angriffe, die gegen mich gerichtet worden waren, und da war es meine Pflicht, die Sache ohne jeden polemischen Ton zu besprechen. Wir haben Vesperes zu tun! Ich habe jeden solchen Ton vermieden. Aber es war meine Pflicht, geschichtlich darzustellen, wie die Situation von 1913 entstanden ist und entgegen den Ausführungen, wie sie mir als von Herrn v. Heydebrand gemacht, mitgeteilt worden sind, muß ich daran festhalten, daß die lex Wassermann-Erzberger die verbündeten Regierungen zwang, ein allgemeines Besitzsteuererzeugnis vorzulegen. Und diese Verpflichtung der verbündeten Regierungen ist nicht dadurch erschöpft worden, daß wir den einmaligen Beitrag gefordert haben. Ich habe neuerlich ausgesprochen, daß es communis opinio gewesen ist, daß im Reich bei größeren neuen Anforderungen der Besitz mit herangezogen werden müsse. Wenn ich nun bei der Deduktion der

laufenden Ausgaben der Wehrevorlage den Besitz unerschüttert gelassen hätte, und die Vorlagen, die ich an Stelle einer Besitzsteuer vorlege gemacht hätte, abgelehnt worden wären und eine Mehrheit des Reichstags mir eine Besitzsteuer präsentiert hätte, dann trat der Zustand ein, daß Sie (nach rechts) nicht wünschen und den auch ich vermeiden will, daß der Regierung die Führung aus der Hand genommen wird und sie agieren soll auf Grund von Vorschlägen des Parlaments; deshalb ist es meiner Überzeugung nach richtig gewesen, daß wir zur Deduktion der Kosten der Wehrevorlage eine Besitzsteuer gemacht haben. Herr v. Heydebrand hat weiter den Vorwurf erhoben, daß die Regierung ihre Vorlage schlecht vertreten habe und hat bei dieser Gelegenheit auch Bemerkungen über das Verhalten des Schatzsekretärs gemacht, die zeigen, wie bedenklich es ist, solche Reichsangelegenheiten vor das Forum der Einzelstaaten zu ziehen. Selbstverständlich befreite ich nicht die Berechtigung hierzu an sich, aber hier werden Vorwürfe gegen einen sehr verdienten Finanzmann des Reichs erhoben, ohne daß er sich selbst verteidigen kann. Dieser Reichsschatzsekretär führt sein Amt, von der gründlichen Überzeugung geleitet, daß keine Deroute in der Reichsfinanzverwaltung wie in früheren Jahren wieder eintreten darf. Ich übernehme seine Verteidigung hier sehr gern, wie ich stets jeden Beamten, der unter mir arbeitet, verteidigen werde. Ich kann nicht zugeben, was Schatzsekretär Kühn die Vorlage schlecht vertreten habe. Ich will ja nicht sagen, daß wir gegenüber der Regierungsvorlage einen guten Tauch gemacht haben, aber wir haben die Regierungsvorlage solange vertreten, wie wir konnten. Ich könnte den Antritt zurückgeben. Diejenige Partei, die sich jetzt über uns beklagt, hätte dann wenigstens von vornherein auch durch alle Stadien hindurch eine ganz andere Unterstützung geben müssen, als es die Konserverative Partei wirklich getan hat. Ich will keine Angriffe gegen die Konserverative Fraktion des Reichstages, die sich ja hier als solche nicht verteidigen kann, erheben, sondern nur die Sache richtig stellen, und da muß ich zugeben, daß mir neulich ein unrichtiges Wort unterlaufen ist, als ich davon sprach, die Konserverative Partei hätte die Regierungsvorlage als unannehmbar bezeichnet. Die Zeiten sind ja allerdings vorüber, wo eine Partei eine Regierungsvorlage sozusagen in Kauf und Vagen annehmen würde. Jede Partei würde glauben, es capitis diminutio zu erfahren, wenn sie für gut erklärt, was die Regierung bringt. Ich habe doch den Eindruck, daß die Konserverative Partei bei den damaligen Verhandlungen tattisch den Moment verpaßt hat, wo sie mit ihren Bedenken gegen die Regierungsvorlage anrückten und sich stramm an die Seite der Regierung stellen mußte. Das ist nicht geschehen. Wenn mich meine Erinnerung nicht täuscht, so hat noch in einer der allerersten Sitzungen der Kommission der Abgeordnete Dr. Oertel immer wieder hervorgehoben, der Kardinalpunkt muß für uns bleiben, daß aus dem Sicherungsgesetz die Erbschaftsteuer herauskommt. Damit konnten wir nicht arbeiten. Wie kam denn eine Regierung auf ihrem Standpunkt beharren, wenn keine einzige Partei sagt: Jawohl, hier gehen wir mit der Regierung.

Herr von Heydebrand hat mir dann den Vorwurf gemacht: Warum hast du den Reichstag nicht aufgelöst? (Zuruf links: Zum Teufel gejagt!) Die Wehrevorlage und die Deduktionsvorlage waren ein viel zu ernster nationaler Gegenstand, als daß ich ihn hätte tattisch behandeln können unter dem Gesichtspunkt: Ergibt sich hieraus eine günstige Gelegenheit, durch eine Auflösung zu einem Reichstag zu kommen, der mir angenehmer ist? Dafür war die nationale Bedeutung der Angelegenheit zu stark. In welchem Moment sollte ich denn auflösen? Nach den Äußerungen Herrn von Heydebrands in dem Moment, als sich ergab, daß die Regierungsvorlage für die Deduktion nicht durchführbar wäre. Damals war die Wehrevorlage an sich gesichert. Fraglich waren nur noch die drei Kavallerieregimenter, und um deren willen durfte man doch nicht auflösen, gesichert waren auch die übrigen Steuern mit Ausnahme eines nur verhältnismäßig geringen Betrages. Glauben Sie, daß ich das Verständnis des deutschen Volkes gefunden hätte, wenn ich sagte: Alles andere ist sicher. Die Soldaten sind sicher, das Geld ist sicher, nur ein verhältnismäßig kleiner Betrag fehlt. Hierüber kommt keine Einigung zustande, deswegen löse ich auf. Das wäre ein grober tattischer Fehler gewesen. Lebhafter Beifall links, Zurufe rechts.) Der Beifall von der Linken ist sehr laut und sehr begreiflich. (Heterterkeit rechts.) Ausschlaggebend ist die tattische Situation nicht für mich gewesen, sondern lediglich die nationale. Wenn wir damals im Juni aufgelöst hätten, so stand fest, daß die Wehrevorlage am 1. Oktober v. J. nicht durchgeführt werden würde, daß zum mindesten ein halbes, wenn nicht ein ganzes Jahr verloren gewesen wäre. Herr von Heydebrand idüttelt den Kopf. Auch diese Seite der Sache habe ich mir überlegt; denn es ist mir absolut klar, welche Verantwortung ich mit der Vermögenszuwachssteuer übernommen habe. Aber auf Grund der Beratungen mit den militärischen Stellen konnte ich die Entscheidung nicht länger hinauschieben. Wenn das deutsche Volk sich ermannet hatte, diese große Heeresvermehrung vorzunehmen und die enormen Mittel aufzuwenden, so konnte ich nicht sagen: diese Armeeremehrung, die absolut notwendig für die nationale Sicherheit ist, schiebe ich auch nur acht Tage auf. Das ist der Grund, weshalb ich es gehandelt habe. Bei meinen Ausführungen hat mir lediglich daran gelegen, auch die Herren von der Rechten davon zu überzeugen, daß es lediglich ein Gefühl der Pflicht gewesen ist, das mich in allen diesen Schritten geleitet hat, und ich bitte, daß

(Mit zwei Landtagsbeilagen.)

das auch von Ihrer Seite anerkannt wird, und daß die schweren Kosten, die der einzelne Staatsbürger mit den neuen Steuern zu tragen hat, nicht erschwert werden dadurch, daß Sie immer Vorwürfe machen; Es ist ein schlapper Staatsmann, er hätte es ja anders machen können und dann hätten ihr weniger zu zahlen brauchen. Ebenjowenig habe ich mit meinen rechtlichen Ausführungen sagen wollen, die schlechten Konserverativen sind es, die Ihnen diese neuen Steuern auferlegt haben. Sie haben eine ebenso schwere Verantwortung wie ich, und das gilt nicht nur für die Konserverative Partei, sondern auch für jede Partei hier im Hause. In den Herren auf der äußersten Linken habe ich ja noch keine Beziehungen gehabt. Aber wenn wir uns in dem Verhalten der einzelnen Parteien zur Regierung immer dessen bewußt bleiben, daß wir beiderseits lediglich im Verantwortungsgesühl das Beste des Landes zu fördern versuchen, dann werden wir auch bei den heftigsten sachlichen Differenzen nie in Zustände kommen, die, wie in den gegenwärtigen ersten Tagen und Zeiten, das Vaterland gefährden könnten. (Beifall.)

Reichstag.

Berlin, 15. Jan. Nach den bereits mitgeteilten Erklärungen des Staatssekretärs Delbrück und des Ministerialdirektors Caspar zu den Interpellationen über Zabern beim zur Frage der Sonntagsruhe bemerkt Abg. Bunder (Soz.): Unsere Hoffnung auf ein gänzlich Verbot der Sonntagsarbeit ist durch die Vorlage zunichte geworden. Der Ausbeutung der Arbeitskraft wird immer noch kein Ziel gesetzt. Wir beantragen Kommissionsberatung. — Abg. Erzberger (Fr.) führt aus, der Inhalt der Vorlage genüge nicht, seine Partei sei der Meinung, daß die Vorlage einer vollständigen Umarbeitung in der Kommission zu unterziehen sei und zwar wünsche sie Überweisung an die schon bestehende Gewerbekommission von 28 Mitgliedern. — Abg. List-Ehlingen (natl.) erklärt, die Entwicklung der Sonntagsruhe dürfe nicht gewaltsam herbeigeführt werden. Die Verhältnisse in Deutschland seien grundverschieden von denen in England. Die gegenwärtige Vorlage müsse grundsätzlich umgearbeitet werden. — Abg. Graf von Cramer (konf.) betont, daß eine völlige Sonntagsruhe, so wünschenswert sie im Prinzip auch wäre, allenfalls in den Großstädten möglich sei, aber nicht auf dem Lande. — Abg. Guntter (Fortfchr. Sp.) nennt die vollständige Sonntagsruhe ein schönes Ziel, aber man dürfe dieses Ziel nicht mit einem Schritt erreichen wollen. Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr vertagt.

Berlin, 15. Jan. Die Budgetkommission des Reichstags lehnte die Forderung von 46 000 M. als erste Rate zu den Kosten der Vorbereitung der Durchführung der Olympischen Spiele Berlin 1916 gegen die Stimmen der Konserverativen, Nationalliberalen und Fortschrittler ab. Bei der Besprechung erhob ein Zentrumstredner erhebliche Bedenken gegen die Forderung, zumal es fraglich sei, ob der Reichstag zuständig sei und nicht in die Rechte der Einzelstaaten eingriffe. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wies darauf hin, daß an diesen Spielen nur autorisierte Teilnehmer teilnehmen könnten. Regierungskommissar Frhr. von Stein erwiderte, es handle sich um ein internationales Unternehmen, zu dem auch die Einzelstaaten beizutragen, so Bremen 100 000 M. — Staatssekretär Dr. Delbrück legte dar, daß ein Eingriff in die Budgetrechte des Reichstages nicht vorliege. Schweden habe 146 900 M. zu den Spielen gewährt, im Verhältnis erheblich mehr, als der Anjaß im Reichsbudget vorhe. Hier komme das Ansehen des Deutschen Reiches in Betracht. Ein Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei äußerte ebenfalls budgetrechtliche Bedenken, trat aber dafür ein, daß eine gewisse Verpflichtung vorliege, die Spiele finanziell zu unterstützen. Die Redner der Konserverativen und der Nationalliberalen befürworteten ebenfalls die Bewilligung des Reichszuschusses.

Berlin, 15. Jan. In der Budgetkommission des Reichstages erläuterte Unterstaatssekretär Dr. Richter die Wirkung des Kaligesezes, das die Verschleuderung von Kali an das Ausland verhindert. Gewisse Bestimmungen des Gesetzes hätten zu Wertvermehrungen angereizt. Die Regierung werde versuchen, dieser ungewünschten Entwicklung durch Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzes Einhalt zu tun. Noch im Laufe des Monats Januar werde dem Bundesrat eine Novelle zum Kaligesez vorgelegt, um die Kaliindustrie wieder auf wirtschaftlich gesunden Boden zu stellen.

Politische Übersicht.

Die Urteile in den Straßburger Prozessen rechtskräftig.
Die kriegsgerichtlichen Urteile gegen Oberst von Reuter und Leutnant Schadt, sowie gegen Leutnant von Fortner haben infolge Verzichts der Gerichtsherren auf die Einlegung eines Rechtsmittels nunmehr Rechtskraft erlangt. — Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Aus Straßburg wird gemeldet, daß der zuständige Gerichtsherr in dem gegen den Leutnant v. Fortner anhängigen Strafverfahren auf die Einlegung des Rechtsmittels der Revision gegen das freisprechende Urteil des Oberkriegsgerichts verzichtet hat. Für die Entschließung des Gerichtsherrn war ohne Zweifel ausschlaggebend, daß nach den tatsächlichen Feststellungen des Oberkriegsgerichts der Angeklagte einen drohenden tatsächlichen Angriff der auf seinen Befehl verhafteten Person abwehrt und sich dabei innerhalb der erlaubten Grenzen der Notwehr gehalten hat. Da eine Nachprüfung der Entscheidung des Oberkriegsgerichts in bezug auf die Würdigung des Ergebnisses der Beweisaufnahme dem Revisionsgericht nach dem Gesetz verjagt ist, mußte das Rechtsmittel der Revision als aussichtslos erscheinen. Wie wir weiter hören, wird auch in dem Verfahren gegen den Obersten von Reuter der Gerichtsherr auf Einlegung der Berufung gegen das freisprechende kriegsgerichtliche Urteil verzichtet. Für diesen Verzicht mag gesprochen haben, daß die eingehende Beweisaufnahme vor dem Kriegsgericht einwandfrei den guten Glauben des Angeklagten an eine ihm nach seinen Dienstvorschriften zustehende Berechtigung zu dem Einschreiten des Militärs ergeben hat, und daß er deshalb nach anerkannten Rechtsgrundsätzen straflos bleiben muß. Es ist richtig, daß in der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs von 1899 Teile der Allerhöchsten Kabinettsorder von 1820 verwertet worden sind, und zwar um das Notwehr- und Notstandsrecht des Militärs sowie die Fälle, in denen die Anwendung des Militärhoheitsrechts in Frage kommt, darzulegen. Aus ihrer Verwertung, die nach ein-

gehenden Verhandlungen der beteiligten Ministerien im Jahre 1851 in allen-seitig erschienenen und veröffentlichten Neudrucken der Vorschrift gleichlautend erfolgt ist, haben sich bis jetzt keinerlei praktische Unzutraglichkeiten ergeben. Nachdem sich indes bei den jüngsten Ereignissen in Zabern Zweifel daran ergeben haben, ob die Vorschrift von 1899 die Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden richtig abgrenze, ist von Seiner Majestät dem Kaiser und König eine Nachprüfung der Dienstvorschrift angeordnet worden.

Der Kaiser kontertierte am Donnerstag vormittag im Neuen Palais zu Potsdam mit dem Reichskanzler und hörte die Vorträge des Kriegsministers, des Chefs des Generalstabs und des Chefs des Militärkabinetts.

Der Herzog von Braunschweig am Kaiserhof. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Herzog von Braunschweig wird am Freitag in Berlin als Gast des Kaiserpaares feierlich empfangen werden. Wenige Monate sind erlitten verfloßen, seit mit dem Regierungsantritt des Herzogs Ernst August sich der Wunsch der Braunschweiger erfüllte, an der Spitze ihres Staates einen angestammten Fürsten zu sehen. Schon in dieser kurzen Zeit eroberte der junge Landesherr mit seiner hohen Gemahlin die Herzen des braunschweigischen Volkes. Mit dem rückhaltlosen Bekenntnis der Treue gegen Kaiser und Reich nahm er seinen Platz in der Reihe der deutschen Bundesfürsten ein. Freundliche Gemiinnungen und herzliche Wünsche grüßen den Gemahl der einzigen Tochter des Kaisers bei seinem Besuch in der Reichshauptstadt.

Im Bundesrat wurde Beschluß gefaßt über den Antrag des Königreichs Sachsens betreffs Heranziehung der Chefs und der Angestellten der bei den Bundesstaaten beglaubigten Gesandtschaften anderer deutscher Staaten und der in Berlin wohnhaften nicht preussischen Bundesratsbedollmächtigten zum Wehrbeitrag in ihren Heimatstaaten, sowie über die Befestigung einer Mitgliedsstelle beim Reichsverkehrsamt. Ferner wurden die Zoll- und Salzsteuern des Verwaltungskostenetats der Bundesstaaten genehmigt und schließlich einer Änderung des Statuts des Kaiserlichen Archäologischen Instituts zugestimmt.

Die Resolution über Zabern im reichsländischen Parlament. In der gestrigen Nachmittagsitzung der Zweiten Kammer des Landtages für Elsaß-Lothringen wurde die gestern mitgeteilte Resolution einstimmig angenommen.

Aus Meer und Marine.

Dem Generalleutnant Liman von Sanders Pascha in Konstantinopel wurde vom Kaiser der Charakter als General der Kavallerie verliehen.

Der Kreuzer „Karlsruhe“ ist am 15. ds. Mts. mit einer Flaggenparade in Dienst gestellt worden.

Beitungsstimmen

Aber einen Erfolg unseres arbeitssamen Botschafters in Washington, Graf Bernstorff weiß die „Kölnische Zeitung“ zu berichten. Sie teilt mit:

Der Botschafter Graf Bernstorff hat in der Dezembernummer der „Export American Industries“, dem Verbandsorgan der National Association of Manufacturers, einen Artikel erschienen lassen über die finanzielle Lage Deutschlands. Der Artikel ist bemerkenswert wegen seines Verfassers sowohl wie wegen des Materials, auf dem er aufgebaut ist, und wegen der Schlüsse, zu denen er führt. Man hat sich ja hier schon immer den Kopf zerbrochen über das arme, in Grund und Boden hinein regierte „Vaterland“, besonders während der Verhandlungen über den Wehrbeitrag und während des Balkanrieges; wenn man sich der Konstantinopel von damals noch erinnert, dann läuft einem immer wieder das Grinsen über den Rücken. Nun hat Graf Bernstorff den Inlen das Handwerk gründlich gelegt, und die Wirkung seiner Aufklärungsarbeit ist sofort wahrnehmbar gewesen, allerdings in zweifacher Richtung. Die einen haben sie mit verlegenerm Schweiß an sich vorübergehen lassen, wie die Mehrheit der sogenannten großen Wälder in Newyork und in Neu-England. Die anderen aber, und das ist die überwiegende Mehrzahl, haben ihr heißeste Verdröpfung gegeben und sie mit Kommentaren versehen, denen meist die Überraschung vom Gesicht abgesehen war. Das hatte man sich bisher doch ein wenig anders vorgestellt. Und noch an anderer Stelle hat man sich der Wirkung des Artikels nicht zu entziehen vernecht, auf dem Kapitolinischen Hügel nämlich, wo bei der Beratung der Festschickungsfrage die Jähren über den armen deutschen Michel viel, viel spärlicher rellten, als der Anlaß hätte erwarten lassen. Die Ausführungen des deutschen Botschafters konnte man doch nicht gut beiseite schieben. Es war aber auch zu arg, Mühe man sich doch durch talle, nackte Zahlen nachweisen lassen, daß Deutschland in der Weuzeit in bezug auf seine wirtschaftlichen Erfolge jedes andere Land, sogar die Vereinigten Staaten, übertroffen hat. Am niederschmetterndsten war wohl der Nachweis, daß aus der etwas höheren Zinsrate in Deutschland nicht der so weit verbreitete Schluß auf eine Geldknappheit gezogen werden dürfe. Schwankungen in der Zinsrate sind, sagt der Artikel, hauptsächlich die Wirkung von Änderungen in den wirtschaftlichen Verhältnissen eines Landes. Außerdem verurteilt das rapide Anwachsen einer kräftigen und strebsamen Bevölkerung wie der deutschen eine wesentliche Zunahme in allen Lebensbedürfnissen. Das Problem, die sich stark vermehrende Bevölkerung mit Nahrung, Kleidung und Unterkunft zu versorgen, konnte indes nur mittels großen Kapitalaufwandes gelöst werden. Es ist neuerdings behauptet worden, Deutschland besitze sich in der Schuld anderer Länder für das von diesen wegen der höheren Zinsrate dort angelegte Geld; aber es dürfe anderseits auch nicht übersehen werden, daß Deutschland seine ausländischen Anlagen jederzeit zurückziehen könne, sowie daß sich in Deutschland große Kosten angekaufter ausländischer Sekturitäten befinden, die eine die Schuld an das Ausland weit übersteigende Geldforderung darstellen. — Es ist gut, daß man in den Ausführungen des Grafen Bernstorff eine allseitig hand-

bereite und wirksame Waffe erhalten hat. Für die nächsten paar Wochen wird ja die Wirkung des Artikels noch nachhallen; aber das Gerüde von dem dankerotten Deutschland ist ein zu beliebiger und dankbarer Stoff; als daß er so rasch endgültig von der Tagesordnung abgesetzt werden dürfte. Und schließlich hat ja das Publikum ein so kurzes Gedächtnis. Dann aber wird man sich auf den Artikel beziehen können und auf die tausend Zeitungen dazu, die ihn übernommen und zum mindesten nicht widerlegt haben.

Ausland.

Wien, 15. Jan. Kaiser Franz Joseph hat den Kronprinzen Georg von Sachsen anlässlich der Erreichung der Großjährigkeit zum Ritter des Goldenen Vließes ernannt.

Paris, 15. Jan. Das Justizpolizeigericht von Lunville hat den deutschen Staatsangehörigen Herrmann, der bei einem Bahnbau als Werkführer angestellt und der Spionage angeklagt worden war, freigesprochen.

Genève, 15. Jan. Die Bildung des 21. Armeekorps ist, wie amtlich erklärt wird, nunmehr durchgeführt und General Legrand hat das Kommando übernommen.

Rom, 15. Jan. Die „Tribuna“ meldet aus Syrakus: Der Konteradmiral Souchon besuchte in Begleitung seines Adjutanten und des Kommandanten seines Flagoeschiffes, des Panzerkreuzers „Goeben“, und des deutschen Konsuls den Präseften und bräute während der besagten Unterhaltung die Hoffnung aus, in Rom dem Könige seine Ehrerbietung bezeugen zu dürfen. Nachmittags besuchte eine Abordnung des 5. Infanterieregiments den Panzerkreuzer und wurde vom Admiral und seinem Stabe in großer Uniform empfangen. Der Bürgermeister veranlaßte eine Festmusik auf dem Foro italiano zu Ehren der deutschen Seeleute. Der Admiral hat dem deutschen Botschafter in Rom von dem herzlichen Empfang in Syrakus telegraphischen Bericht erstattet, ehe er auf der „Goeben“ nach Messina abging.

Athen, 16. Jan. Königin Sophie wird mit dem Kronprinzen an der Geburtstagsfeier des Kaisers in Berlin teilnehmen.

London, 16. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, ist die Zustimmung des Dreibundes zu den britischen Vorschlägen betreffs der ägäischen Inseln unter zwei Bedingungen gegeben worden: 1. Räumung Albanien durch die Griechen bis zum 18. Januar, 2. Übernahme der Verpflichtung von Seiten Griechenlands, die Aufrechterhaltung der Ordnung in Albanien zu erleichtern. Die Antwort des Dreibundes wird von den Regierungen Englands, Russlands und Frankreichs mit einem Gefühl der Befriedigung betrachtet und man erklärt, daß von der maßvollen und verständlichen Haltung des Dreibundes die besten Resultate zu erwarten seien. Bezüglich der Noten selbst mag festgestellt sein, daß die Erklärung Italiens bezüglich der von ihm besetzten Inseln in den drei Noten enthalten war.

Washington, 17. Jan. Präsident Wilson erklärte einem Berichterstatter gegenüber, daß nach seiner Meinung kein Grund zu der Annahme vorhanden sei, daß zwischen Deutschland und England irgend ein ausdrückliches oder stillschweigendes Abkommen bestehe, an der Ausstellung in San Francisco nicht teilzunehmen. Er schenke auch der veröffentlichten Meldung keinen Glauben, daß Deutschland und England sich vereinigt hätten, um den Handel der Vereinigten Staaten in Südamerika zu bekämpfen.

Johannesburg, 15. Jan. In Venoni wurde gestern Abend von einer Quertroße aus eine Bombe unter eine Polizeibeamten geworfen. Die Bombe drang in die Quertroße ein, doch waren die Täter bereits verschwunden. 3 Polizeibeamte und mehrere Pferde wurden leicht verletzt, 40 Personen wurden verhaftet. Nach der Übergabe der Gewerkschaftshalle wurden 35 Mann, unter ihnen Bain, gefangen genommen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 16. Januar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte heute vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb. Später meldeten sich: I. vom Füßlieregiment Fürst Karl Anton von Hohenzollern (Hohenzollernschen) Nr. 40; die Hauptleute Reichsneider, bisher Oberleutnant im 4. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 72, Brisken, Rende, Buttman beim Stabe, bisher Oberleutnant im 6. Thüringischen Infanterieregiment Nr. 95, und Hart beim Stabe, bisher Oberleutnant im 3. Unteresslischen Infanterieregiment Nr. 138, Stabsarzt Korisch, bisher im 4. Lothringischen Infanterieregiment Nr. 136, sowie die Leutnants Garbich, Reichsneider, Löpfer, Schlotbauer, Biver und Zaster; II. vom Infanterieregiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badischen) Nr. 111; die Hauptleute Stroedel, bisher zugeteilt dem Großen Generalstab, von Seht, bisher im Füßlieregiment Generalfeldmarschall Prinz Albrecht von Preußen (Hannoverschen) Nr. 73, die Stabshauptleute Müller (Erid) und Coester, Hauptmann Bader, letzterer in das Infanterieregiment Kaiser Wilhelm (2. Großherzoglich Badischen) Nr. 116 verlegt; III. vom 2. Badischen Feldartillerieregiment Nr. 30; die Hauptleute Westermann, bisher Batterieführer im 2. Rheinischen Feldartillerieregiment Nr. 23, jetzt beim Stabe des Regiments, und Soden, Oberleutnant Bergengrün, bisher bei der Kriegsakademie, sowie Stabsveterinär Rathje, bisher im Kürassierregiment Kaiser Nikolaus I. von Rußland (Brandenburgischen) Nr. 6. Abschließend empfing Seine königliche Hoheit der Großherzog den Schwedischen Professor Björk aus Stockholm, Vizepräsidenten der Baltischen Ausstellung in Walmö 1914.

Ihre königliche Hoheit die Großherzogin wird heute Abend 7.31 Uhr aus Stuttgart hierher zurückkehren.

Beibrertrag. Am mehrfach geäußerten Wünschen zu entsprechen, ist die Frist für die Abgabe der Vermögenserklärungen allgemein bis mit 31. Januar d. J. verlängert worden. Die Steuerkommissionen werden jedoch im Interesse der geordneten Erledigung ihrer Geschäfte genötigt sein, die Geschäftsstunden für die Verhandlungen mit dem Publikum in Beibrertragsangelegenheiten vom 21. d. M. an etwas einzuschränken.

Gepäckabfertigung nach Italien. Die italienische Verwaltung übernimmt Gepäckstücke, die nach italienischen Stationen aufgegeben sind, nur dann, wenn das Gepäck sicher und dauerhaft verpackt und verschlossen ist. Diese Bedingung ist nach Ansicht der italienischen Verwaltung nur dann erfüllt, wenn die Gepäckstücke trotz Krastanwendung nicht geöffnet werden können. So gelten z. B. verschlossene Weidenkörbe, bei denen durch Aufdrücken der Korbdeckel eine Herausnahme des Inhaltes ohne Beschädigung des Schloßes und ohne Hinterlassung von Spuren möglich ist, nicht als genügend verpackt und verschlossen. Die strenge Prüfung der Gepäckstücke an den italienischen Grenzstationen würde bei Annahme von Sendungen mit mangelhaftem Verschluss zu Beanstandungen führen, weil derartige Sendungen erst nach Verschnürung und Plombierung zur Weiterbeförderung zugelassen werden. Die Folge davon ist, daß die internationalen Güter in Italien unter Umständen größere Verzögerungen erleiden.

Reisekörbe, Ledertaschen und dergl., die zwar verschlossen sind, deren Deckel oder Seiten sich aber durch kräftiges Anziehen soweit öffnen lassen, daß Gegenstände herausgenommen werden können, sind zur Beförderung nur bei strenger Verschnürung und Plombierung des Verschnürungsknotens zugelassen. Es liegt daher im Interesse der Reisenden, bei Reisen nach Italien das eingeschriebene Gepäck so sicher und dauerhaft zu verpacken, daß Anstände an der italienischen Grenze vermieden bleiben.

Aus der Residenz.

Großherzogliches Hoftheater. In der morgen Samstag den 17. stattfindenden Aufführung von „Carmen“ tritt Fräulein Alice Gersmann in der Partie der Micaela als Bewerberin um die Stelle der jugendlichen Sängerin auf.

Sonatenabend Diefenbacher-Orgel. Das 3. Konzert von Hedwig Diefenbacher findet kommenden Montag, den 19. Januar, im Musiksaal unter Mitwirkung der ausgezeichneten Geigerin Anna Sauer, Basel, statt. Das Programm enthält 3 Violinsonaten von Mozart, Beethoven und Kreutzer, und ein neues Werk des Freiburger Komponisten Weismann, das hier zum ersten Male aufgeführt wird. Das Arrangement liegt in den Händen der Hofmusikalienhandlung Fr. Voert.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

14. öffentliche Sitzung. Freitag, den 16. Januar 1914. (Kurzer Bericht.)

Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Frhr. von Dusch, die Minister Dr. Frhr. von Bodman, Dr. Rheinboldt, Dr. Böhm.

In Fortsetzung der allgemeinen Diskussion über das Finanzgesetz erhält zunächst der Abg. Dr. Schofer das Wort, der nach Verteidigung der Zollpolitik des Reiches sich zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Kolb über die Anleihepolitik und über das Schulwesen wendet, um sodann den Ausfall der Wahlen einer eingehenden Erörterung zu unterziehen. Er berührt des weiteren die Kirchenpolitik unter Erwähnung des neuen Antrages der Kurie und verbreitet sich schließlich des längeren über die Jesuitenfrage, in deren bisherigen gesetzgeberischen Behandlung er ein nicht nur die Jesuiten, sondern das ganze katholische Volk kränzendes Unrecht sieht.

Am Anschluß hieran legt Minister Dr. Böhm nochmals die Stellung der Regierung zu dieser Frage dar unter Berücksichtigung ihrer Haltung bei Verbot der Vorträge des Jesuitenpaters Cobanz und gibt hinsichtlich der Klosterfrage der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen nicht dadurch unmöglich gemacht werden, daß die Kurie den im Jahre 1906 vertretenen Standpunkt beibehält. Der Minister weist sodann den vom Abg. Kolb erhobenen Vorwurf der Vernachlässigung von Kulturaufgaben, insbesondere auf dem Gebiete des Volksschulwesens zurück unter Hinweis auf die Entwicklung des Schulaufwandes in den vergangenen Jahren, wobei er nach Erörterung der Frage der Lastentragung seinen Dank und seine Anerkennung für die den badischen Hochschulen von privater Seite gemachten Zuwendungen ausdrückt. Nach dem Minister, der seine längeren Ausführungen mit einer Rechtfertigung der Haltung der Regierung in zwei von den Vorrednern erwähnten Fällen schließt, ergreift der Abg. Dr. Frank das Wort, der im Eingang seiner längeren Rede unter Zurückweisung von Angriffen des Abg. Dr. Schofer der Zentrumsparthei, insbesondere dem Abg. Dr. Schofer vorwirft, daß ihnen jeder Verus, als Führer im Kampf gegen die Revolution aufzutreten, fehle. Trotz der feindlichen Haltung des Zentrums, das den letzten Wahlkampf zu einem wahren Religionskrieg gestaltet habe, wünsche er die vollständige Aufhebung des Jesuitengesetzes. Redner, der hinsichtlich der Sozialpolitik die Einstellung von Mitteln für die Arbeitslosenversicherung vermisst, kritisiert die Finanzpolitik des Zentrums, ebenso dessen Haltung zum Proporz, begründet eingehend die Forderung nach Verstaatlichung

der Schule und nimmt schließlich den Abg. Kolb in Schutz, gegen den Vorwurf, eine uferlose Schuldenpolitik befürwortet zu haben. Im Anschluß an Ausführungen des Abg. Dr. Frank über den Großhaushalt nimmt Staatsminister Dr. Frhr. v. Dusch Gelegenheit, nochmals die Stellung der Regierung zum Großhaushalt darzulegen, während die Ausführungen des Abg. Dr. Frank über die Haltung der Sozialdemokratie anlässlich der Jahreshundertfeier und sein Wunsch nach Einführung direkter Reichsteuern den Minister Frhr. von Bodman und Dr. Rheinboldt zu eingehenden Erörterungen Anlaß geben.

Schluß der Sitzung: nach 1 Uhr; nächste Sitzung: nachmittags 1/4 Uhr.

Reichstag.

Berlin, 16. Jan. Am Bundesratstisch: Reichschatzsekretär Dr. Kühn, Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 5 Min. Auf der Tagesordnung stehen zunächst fünf Anfragen. Auf die Anfrage des Abg. Hofmeister und Schulz-Erdelt (Soz.) nach der Entziehung des Vereidigungsschwores für den Einjährigfreiwilligenabdienst wegen agitatorischer Betätigung staatsfeindlicher Gesinnung erwidert Generalmajor von Wild von Söthenborn: Die Angelegenheit unterliegt noch der Prüfung durch die Verwaltung. Die Beantwortung kann deshalb zurzeit nicht stattfinden.

Die kurze Anfrage der Abgeordneten Dr. Müller-Reinigen und Liesching (fortsch. Rp.) nach dem Verbot des „Neuen Kommerziellen Fachblattes“ in Stargard durch die Militärbehörde wird zurückgegeben, nachdem der Oberst das Verbot zurückgenommen hat.

Auf die Anfrage des Abg. Dr. Trimborn (Zentr.) nach der Umgehung der höheren Verzollung von aus Ausland ausgeführter Gerste erwidert Direktor Menschel. Er gibt zunächst eine Darstellung der obwaltenden Umstände und jagt zu, daß es sich die Regierung auch fernerhin angelegen sein werde, die ordnungsmäßige Behandlung der Zollereste durchzuführen.

Es folgt die Beratung des schleunigen Antrages Schiffer-Wagbaur (natl.), Dr. Arenot (Reichsp.), Dr. Spahn (Zentr.) und Graf Westarp (sonst.), die Frist zur Abgabe der Vermögenserklärungen zum Beibrertrag bis Ende Februar zu verlängern und zu den in der Öffentlichkeit geltend gemachten Beweissätzen über den Inhalt des Gesetzes und seine Ausführungsbestimmungen durch Mitteilungen an den Reichstag Stellung zu nehmen.

Berlin, 16. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages nahm heute bei Beratung der Kalkulationsfrage folgende Anfrage an: einen fortschrittlichen Antrag, der 900 000 M. mehr zur Auslandspropaganda im nächsten Jahre verlangt, die aber nicht zur Deckung bereits erfolgter Ausgaben verwendet werden dürfen; einen Antrag der bürgerlichen Parteien, 200 000 M. zur Förderung des feldmäßigen Gemeinbauwesens einzusetzen; einen Antrag der Nationalliberalen, 500 000 M. aus den Reservefonds an das Kalifornien für Ausstellungs- und Propagandazwecke in San Francisco abzuführen und einen weiteren fortschrittlichen Antrag, den Reservefonds zinsbar anzulegen.

W. T. B. Berlin, 16. Jan. Der Kaiser empfing um 12 Uhr den Statthalter von Elsaß-Lothringen, Grafen von Wedel. — Der Herzog von Braunschweig besuchte heute vormittag die in Berlin weilenden Mitglieder des königlichen Hauses. — Prinz Max von Baden ist heute vormittag 10 Uhr 49 auf dem Potsdamer Bahnhof eingetroffen und hat im königlichen Schloß Wohnung genommen.

Berlin, 16. Jan. Der Kaiser empfing heute mittag die Präsidien der beiden Häuser des Landtages, die dann auch von der Kaiserin empfangen wurden.

Berlin, 16. Jan. Vor dem Oberkriegsgericht des Berliner Gouvernements begann heute die Berurteilung der Angeklagten im Prozeß Lillian und Genossen. Die Angeklagten hatten, ebenso wie der Gerichtsbesitzer gegen das Urteil Berufung eingelegt mit einer Ausnahme.

Leipzig, 16. Jan. Vor dem vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann heute vormittag der Spionageprozeß gegen den Kaufmann Gustav Ferdinand Richter aus Nuthren in Kurland. Richter, der russischer Staatsangehöriger ist und zuletzt in Königsberg wohnte, ist beschuldigt, sich dort in den Besitz einer Anzahl von Schriftstücken gesetzt zu haben, deren Geheimhaltung im Interesse der Reichssicherheit geboten war, wobei er die Absicht verfolgte, die Schriftstücke zur Kenntnis einer auswärtigen Regierung zu bringen. Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen.

Mühlhausen i. El., 16. Jan. Bei der auf heute Vormittag von der Strafkammer angefügten Urteilsverkündung in dem bekannten „Nichtstuer“-Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur der „Oberelsässischen Landeszeitung“, Stadtrat Haengg, hat das Gericht auf Freisprechung erkannt, da es annahm, daß der Angeklagte im guten Glauben gehandelt habe.

Johannesburg, 16. Jan. Der Zusammenbruch des Streiks scheint sicher. Gegen die Führer, die in der Gewerkschaftshalle verhaftet wurden, wird, sobald sie die vorläufige Strafe von 21 Tagen abgehört haben, Anklage ersterer Natur erhoben werden.

Verschiedenes.

Stuttgart, 15. Jan. Die Gemeindefollegien nahmen einstimmig einen Antrag an, die Regierung um die beschleunigte Durchführung der Schiffarmachung des Neckars bis in die Mitte des Landes zu bitten.

Tokio, 15. Jan. Nach einer Depesche aus Numamoto sind im Erdbebengebiet mehrere Kilometer weit die Eisenbahngleise zertrümmert; 13 000 Häuser wurden zerstört, 70 000 Menschen werden vermisst.

Großherzogliches Hoftheater.

Spielplan für die Zeit vom 17. bis mit 26. Januar 1914. Im Hoftheater in Karlsruhe.

Angegeben ist der Preis für Sperrsitze 1. Abt. Samstag, 17. Jan. Abt. C. 30. Ab. Vorst. „Carmen“, große Oper in 4 Akten von Bizet. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. (4.50 M.)

Sonntag, 18. Jan. Nachmittags 2 Uhr. 29. Vorst. außer Ab. Ermäßigte Preise. „Pension Schüller“, Posse in 3 Akten von Laufs. Anfang 2 Uhr, Ende gegen 4 Uhr. (2 M.)

Abends 7 1/2 Uhr. Abt. B. 32. Ab. Vorst. Neu einstudiert: „Don Juan“, große Oper in 2 Akten von Mozart, Text der Recco-Regitative von Lepi. Donna Anna; Kammerfängerin Anna Heber von Dresden als Gast. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr. (6 M.)

Montag, 19. Jan. Abt. B. 31. Ab. Vorst. „Genoveva“, Tragödie in 5 Akten und einem Nachspiel von Heibel. Anfang 7 Uhr, Ende 11 Uhr. (4 M.)

Dienstag, 20. Jan. Abt. A. 31. Ab. Vorst. „Figaros Hochzeit“, komische Oper in 4 Akten von Mozart. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende gegen 10 Uhr. (4.50 M.)

Mittwoch, 21. Jan. 3. Sinfonielangert des Hoforchesters. Solistin: Kammervirtuosin Frieda Wast-Godapp. Programm: Haydn, Sinfonie Nr. 1. Esdur; Liszt, Klavierkonzert, Esdur; Tschaiowski, Klavierkonzert, Esdur; Brahms, Variationen über ein Thema von Paganini; Heber, Oberon-Ouvertüre. Anfang 8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Donnerstag, 22. Jan. Abt. B. 33. Ab. Vorst. „Hoffmanns Erzählungen“, phantastische Oper in 3 Akten, einem Vor- und Nachspiel von Offenbach. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr. (4.50 M.)

Freitag, 23. Jan. Abt. A. 32. Ab. Vorst. „Phygation“, Komödie in 5 Akten von Shaw. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 10 Uhr. (4 M.)

Sonntag, 24. Jan. 30. Vorst. außer Ab. Ermäßigte Preise. „Andine“, romanische Zaubersoper in 4 Akten von Lortzing. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende nach 11 Uhr. (2 M.)

Verkauf für die Abonnementsplätze am Montag den 19. vormittags 9—11 Uhr B, C, A.

Allgemeiner Verkauf von Dienstag den 20. vormittags 9 Uhr an.

Von Donnerstag den 22. vormittags 9 Uhr, an werden zu dieser Vorstellung von der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters keine Vorverkaufsgebühren erhoben.

Sonntag, 25. Jan. Abt. C. 32. Ab. Vorst. „Die Meisterfinger von Nürnberg“ in 3 Akten von R. Wagner. Anfang 5 1/2 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr. (6 M.)

Montag, 26. Jan. Abt. B. 34. Ab. Vorst. „Wallensteins Lager“ in 1 Akt von Schiller. „Die Piccolomini“ in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 11 Uhr. (4 M.)

Die Abonnementskarten für das 3. Vierteljahr können von Montag den 19. Januar an an der Vorverkaufsstelle in Empfang genommen werden.

Am Montag den 2. Februar beginnt der Hauseinzug.

Im Theater in Baden.

Sonntag, 17. Jan. 16. Ab. Vorst. „Der gute Ruf“, Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Anfang 7 Uhr, Ende nach halb 10 Uhr.

Mittwoch, 21. Jan. 17. Ab. Vorst. Zum erstenmal: „Grüne Etern“, ein Schauspiel in 5 Akten aus dem Befreiungsjahr 1813 von Heinrich Leo. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr. 1813 von Heinrich Leo. Anfang 7 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B. Albert Strobel, Monteur. — B. Wilhelm Strähle, Bahnarbeiter. — Ein Mädchen: B. Jakob Kessler, Glaser.

Todesfall. Magdalene König, Ehefrau.

Z.B.M.H. Schneebestimmungen. Der Schnee hat in den letzten Tagen infolge von Tauwetter und Regenschlag etwas abgenommen, dann hat er aber wieder einen Zuwachs erhalten. Am Morgen des 15. Januar (Donnerstag) sind gemessen worden in Furtwangen 32, in Durrheim 20, in Stetten a. L. M. 24, in Heiligenberg 21, in Bollhaus 33, beim Feldbergerhof 85, in Litzlee 40, in Reutbad 24, in Bomdorf 22, in Höchenschwand 44, in Gersbach 30, in Todtnauberg 65, in Heubronn 32, in St. Märgen 50, in Amiebis 65, in Derrmies 46, in Kallenbronn 48, in Karlsruhe 6, in Tiefenbronn 12, in Krauthelm 2, in Strümpfelbrunn 38, in Esfenz 2 und in Baden 4 cm.

Wetterbericht des Zentralsbüros für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 16. Januar 1914.

Der hohe Druck, dessen Kern noch weiter abgenommen hat, der aber noch über Nordwesteuropa lagert, zieht sich heute nur noch als schwaches Band über Deutschland hinweg nach den unteren Donauländern. Die nordöstliche Depression hat sich weiter südwestwärts ausgebreitet und hat im Ostseegebiet vielfach Tauwetter gebracht; die südliche besteht fort, doch greift sie nicht mehr über die Alpen über. In Süd- und Westdeutschland hat es deshalb aufaellart und der Frost hat hier zugenommen. Das Hochdruckgebiet wird voraussichtlich bestehen bleiben. Vorbericht noch heiter, Frost langsam abnehmend.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

| Januar | Barom. mm | Therm. in C. | Nebel. in mm | Feuchtigkeit in % | Wind | Sonne |
|--------------|---------------------|--------------|--------------|-------------------|------|--------------|
| 15. Nachts | 9 ⁰⁰ 11. | 752.6 | -4.7 | 2.2 | 68 | NO heiter |
| 16. Morgs. | 7 ⁰⁰ 11. | 752.3 | -10.0 | 1.7 | 83 | NO wolkenlos |
| 16. Mittags. | 2 ⁰⁰ 11. | 749.3 | -3.2 | 2.2 | 61 | „ |

Höchste Temperatur am 15. Januar: -2.4; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -10.1.

Niederschlagsmenge, gemessen am 16. Januar, 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Schneehöhe am 16. Januar, 7⁰⁰ früh: 5 cm.

Wasserstand des Rheins am 15. Januar früh: Schusterinsel 2.15 m, gefallen 15 cm; Rehl 3.11 m, gefallen 27 cm; Ragau 5.29 m, gefallen 41 cm; Mannheim 5.41 m, gefallen 74 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur E. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Nehmen Sie

täglich ein Likörgläschen Dr. Hommel's Haematogen unmittelbar vor der Hauptmahlzeit! Ihr Appetit wird reger, Ihr Nervensystem erstarbt! die körperlichen Kräfte werden gehoben. Warnung: Man verlange ausdrücklich den Namen Dr. Hommel.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Am 14. Januar entschlief in Berlin-Friedenau mein geliebter Gatte, unser lieber Schwiegersohn, Bruder und Neffe

**Oberpostinspektor
Ludwig Weber**

nach kurzem Leiden im Alter von 40 Jahren.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Klara Weber geb. Rasina und 2 Kinder, Berlin-Friedenau,
Geheimerat **Rasina**, Karlsruhe,
Verwalter **Karl Weber**, Friedrichsheim,
Oberrechnungsrat **Kirsch**, Karlsruhe.

Begräbnis in Karlsruhe von der Friedhofkapelle aus am Samstag, 17. Januar, mittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Wir bitten dankend, von Beileidsbesuchen, Blumen und Kränzen absehen zu wollen.

G.100

**Bankhaus
Straus & Co., Karlsruhe**

Friedrichsplatz 1,
Eingang Ritterstraße
Fernsprecher Nr. 30 und Nr. 506 F.497

Die
neuen badischen Dienstausszeichnungen
I., II. und III. Klasse
sowie die neue Landwehrdienstauszeichnung
empfiehlt

August Sauer, Hoflieferant,
Karlsruhe, Kaiserstraße 163. G.90

Ingenieur-Akademie:
Wismar, Ostsee Für Maschinen- und Elektro-Ingenieure,
Bau-Ingenieure, Geometer u. Architekten.
(Eisenbahnbau und Kulturtechnik.) — Neue Laboratorien.

Bürgerliche Rechtspflege.
a. **Streitige Gerichtsbarkeit**
O.70. Schopfheim. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Landwirts Christian Jakob Reisinger in Wies-Flüßchen wurde, nachdem die Erben die Einstellung des Konkursverfahrens beantragt und die Zustimmungserklärungen sämtlicher Konkursgläubiger beigebracht haben, gemäß § 252 R.D. durch Beschluß des O. Amtsgerichts Schopfheim vom heutigen eingestellt.
Schopfheim, 13. Jan. 1914.
Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts.

**Verchiedene
Bekanntmachungen.**
Bekanntmachung.
Von Montag den 19. d. M. ab wird die Station Karlsruhe festlich außer Betrieb gesetzt und an deren Stelle der neue provisorische Endbahnhof der Albtalbahn an der neuen Bahnhofsstraße für den gesamten Personen-, Gepäck-, Express-, Tier- und Güterverkehr (auch für Wagenladungen) in Betrieb genommen.
G.97
In dem Fahrplan und in den Fahrpreisen und Frachten tritt durch diese Verlegung eine Änderung nicht ein.
Karlsruhe, 15. Jan. 1914.
Badische Lokal-Eisenbahnen Aktien-Gesellschaft.
Die Direktion.

Zur Stütze der Leitung einer sehr bedeutenden Fabrik Süddeutschlands wird

gewandter Kaufmann

aus allerbesten Familie zu möglichst sofortigem Eintritt gesucht.
Absolute Vertrauenswürdigkeit und verträgliches, vornehmes Wesen sind Voraussetzung.
Genannter muß die englische und französische Sprache in Wort und Schrift beherrschen, große Gewandtheit im Verkehr mit der Kundschaft besitzen, ähnliche Stellungen bereits bekleidet haben und größere Kautions stellen können.
Ausführliche Offerten nebst Angabe der Gehaltsansprüche unter Einsendung einer Photographie zu senden unter F. C. S. 358 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M. G.93

**Aufschnitt-
Russische und
Käse-Platten**

Belegte Brötchen
(Sandwiches)
à 8, 10, 12 Pfg. etc.

Italienisch. Salat
mit echter Majonaise
per Pfd. Mk. 1.60

Echt russ. Kaviar
Austern
empfiehlt G.99

H. Munding
Hoflieferant
Kaiserstraße 110

Eilt! Garantiert
31. Januar Ziehung der
**Großen Bad.-Badener
Geld-Lotterie**

2165 Geldgewinne ohne Abzug
23000 M.
Hauptgewinn
10000 M.

Soldatenheim-Lotterie
des Bad. Regiments No. 112
1677 Geldgewinne bar ohne Abzug
10000 M.
Hauptgewinn
4000 M.

Ziehung sicher 28. Februar
B.-Badener L. à 1 M., 11 Lose
10 M. Soldatenh.-L. à 50 Pfg.
11 Lose 5 M., Porto u. Liste
je 25 Pfennig, + pflichtl.
Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer,
Straßburg i. E., Langestr. 107
Filiale Kehl a. Rh., Hauptstraße 47.
Carl Götz, Möbelstr. 11/15

**Südwestdeutsch-
Schweizerisch-Verkehr.**
Am 21. Januar 1914 treten Ausnahmefrachtsätze für Eisen und Stahl des Spezialtarifs III der deutsch-schweizer Güterklassifikation von verschiedenen badischen Stationen nach Bodo in Kraft. Näheres enthält unser Tarifanzeiger.
Karlsruhe, 14. Jan. 1914.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Schul-Impressen

Vordrucke für Volksschulen

Nach der neuen Schulordnung für die badischen Volksschulen vom 12. Dezember 1913
(Gesetzes- und Verordnungsblatt vom 22. Dezember 1913, Schulverordnungsblatt vom 23. Dezember 1913)

Nach amtlichen Vorlagen bearbeitet

Verzeichnis der Impressen:

| | |
|--|---|
| Muster I: Bekanntmachung, die Aufnahme in die Volksschule betreffend (§ 2) | Muster VI: Mahnung wegen ungerechtfertigter Schulversäumnisse (§ 31) |
| Muster II: Hauptschülerliste (§ 10) | Muster VII: Handliste (§ 40) |
| Muster III: Ueberweisungsformular (§ 14) | *) Muster VIII: Wochenbuch (1. bis 3. Schuljahr). Nebst Anleitung (§ 40) |
| Muster IV: Liste der ungerechtfertigten Schulversäumnisse und der Schulversäumnisstrafen (§ 24 Abs. 1) | *) Muster VIIIa: Wochenbuch (4. bis 8. Schuljahr). Nebst Anleitung (§ 40) |
| Muster V: Schulversäumnis-Strafbogen (§ 24 Abs. 2) | Muster IX: Zeugnisheft (§ 47) |
| | Muster X: Abgangszeugnis (§ 56) |

*) Die Wochenbücher sind sowohl in Umfang mit Einwandfals, als auch in einzelnen Bogen zu beziehen.

Zu beziehen nur direkt vom Verlag:

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe.